

Leipziger Tageblatt

Morgen-Ausgabe

und
Handels-Zeitung
Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes
der Stadt Leipzig

113. Jahrgang

Bezugspreis: für Leipzig und Vorort monatlich 2,50 M., für andere Städte 3,00 M., für Ausland 3,50 M. (Postgebühren eingeschlossen).
Einzelnummer: 10 Pf.

Anzeigenpreis: für Leipzig u. Umgeb. die erste Zeile 10 Pf., die zweite 8 Pf., die dritte 6 Pf., die vierte 5 Pf., die fünfte 4 Pf., die sechste 3 Pf., die siebente 2 Pf., die achte 1 Pf., die neunte 1 Pf., die zehnte 1 Pf., die elfte 1 Pf., die zwölfte 1 Pf., die dreizehnte 1 Pf., die vierzehnte 1 Pf., die fünfzehnte 1 Pf., die sechzehnte 1 Pf., die siebenzehnte 1 Pf., die achtzehnte 1 Pf., die neunzehnte 1 Pf., die zwanzigste 1 Pf., die einundzwanzigste 1 Pf., die zweiundzwanzigste 1 Pf., die dreiundzwanzigste 1 Pf., die vierundzwanzigste 1 Pf., die fünfundzwanzigste 1 Pf., die sechsundzwanzigste 1 Pf., die siebenundzwanzigste 1 Pf., die achtundzwanzigste 1 Pf., die neunundzwanzigste 1 Pf., die dreißigste 1 Pf., die einunddreißigste 1 Pf., die zweiunddreißigste 1 Pf., die dreiunddreißigste 1 Pf., die vierunddreißigste 1 Pf., die fünfunddreißigste 1 Pf., die sechsunddreißigste 1 Pf., die siebenunddreißigste 1 Pf., die achtunddreißigste 1 Pf., die neununddreißigste 1 Pf., die vierzigste 1 Pf., die einundvierzigste 1 Pf., die zweiundvierzigste 1 Pf., die dreiundvierzigste 1 Pf., die vierundvierzigste 1 Pf., die fünfundvierzigste 1 Pf., die sechsundvierzigste 1 Pf., die siebenundvierzigste 1 Pf., die achtundvierzigste 1 Pf., die neunundvierzigste 1 Pf., die fünfzigste 1 Pf., die einundfünfzigste 1 Pf., die zweiundfünfzigste 1 Pf., die dreiundfünfzigste 1 Pf., die vierundfünfzigste 1 Pf., die fünfundfünfzigste 1 Pf., die sechsundfünfzigste 1 Pf., die siebenundfünfzigste 1 Pf., die achtundfünfzigste 1 Pf., die neunundfünfzigste 1 Pf., die sechzigste 1 Pf., die einundsechzigste 1 Pf., die zweiundsechzigste 1 Pf., die dreiundsechzigste 1 Pf., die vierundsechzigste 1 Pf., die fünfundsechzigste 1 Pf., die sechsundsechzigste 1 Pf., die siebenundsechzigste 1 Pf., die achtundsechzigste 1 Pf., die neunundsechzigste 1 Pf., die siebenzigste 1 Pf., die einundsiebzigste 1 Pf., die zweiundsiebzigste 1 Pf., die dreiundsiebzigste 1 Pf., die vierundsiebzigste 1 Pf., die fünfundsiebzigste 1 Pf., die sechsundsiebzigste 1 Pf., die siebenundsiebzigste 1 Pf., die achtundsiebzigste 1 Pf., die neunundsiebzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die einundsiebenundachtzigste 1 Pf., die zweiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die dreiundsiebenundachtzigste 1 Pf., die vierundsiebenundachtzigste 1 Pf., die fünfundsiebenundachtzigste 1 Pf., die sechsundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundsiebenundachtzigste 1 Pf., die achtundsiebenundachtzigste 1 Pf., die neunundsiebenundachtzigste 1 Pf., die siebenundneunzigste 1 Pf., die einundsevenundneunzigste 1 Pf., die zweiundsevenundneunzigste 1 Pf., die dreiundsevenundneunzigste 1 Pf., die vierundsevenundneunzigste 1 Pf., die fünfundsevenundneunzigste 1 Pf., die sechsundsevenundneunzigste 1 Pf., die siebenundsevenundneunzigste 1 Pf., die achtundsevenundneunzigste 1 Pf., die neunundsevenundneunzigste 1 Pf., die achtzigste 1 Pf., die einundachtzigste 1 Pf., die zweiundachtzigste 1 Pf., die dreiundachtzigste 1 Pf., die vierundachtzigste 1 Pf., die fünfundachtzigste 1 Pf., die sechsundachtzigste 1 Pf., die siebenundachtzigste 1 Pf., die achtundachtzigste 1 Pf., die neunundachtzigste 1 Pf., die neunundneunzigste 1 Pf., die hundertste 1 Pf.

№ 120

Freitag, den 21. März

1919

Ein Aufruf der sächsischen Regierung

Die Organisierung der „Deutschen Kohlegemeinschaft“

Weimar, 20. März. (Drabbericht unserer in. - Sonderberichterstatters.) Die Beschlüsse des Reichskohlenrates werden möglichst bald bestimmt werden, damit er die nötige Bewegungsfreiheit hat, um in Anpassung an die wirtschaftliche Entwicklung die als im Interesse der Gesamtheit notwendig erkannten Eingriffe vorzunehmen. Er soll aus Vertretern der Vertriebsverbände gebildet werden und aus 100 Mitgliedern bestehen. Betriebsleitungen, Arbeiterchaft und Verbraucher wählen je 25 Mitglieder, 25 weitere ernannt das Reich. Von den 25 Reichsvertretern ernannt 10 das Parlament, 15 der Reichsministerpräsident. Die Exekutive liegt beim sächsischen Ausschuss des Reichskohlenrates. Bezüglich der Entscheidung der Privatbetriebe ist beabsichtigt, als Entschädigungsgrundlage nur den Ertrag des Kapitals dienen zu lassen und auf Verkehrrerente und Erwerbsloshilfe hinwirken. Die Entscheidung der endgültig festgestellten Entscheidung soll durch Ausgabe festverzinslicher, konvertierbarer Schuldverschreibungen der „Deutschen Kohlegemeinschaft“ erfolgen.

Die Reichsregierung hat die Vorarbeiten für den angehängten Entwurf betreffend die Bildung und die Tätigkeit der Vertriebsräte (Behörden für Verträge), der regionalen Vertriebsräte und eines Reichsarbeitsrates abgeschlossen. Der Entwurf wird der Nationalversammlung im April zugehen.

General Kluck gegen Woltke

Genf, 20. März. (Eigener Drahtbericht.) Wie das Bureau Europapress indirekt aus London erfährt, gab General von Kluck in einer mitternächtigen Unterredung mit einem Korrespondenten der „Daily Mail“ folgende interessante Einzelheiten über die Marne-Schlacht: „Man sagt, daß ich die Schlacht an der Marne verloren habe, weil ich meine Truppen durch Gewaltdemütigungen erschöpfte. Das ist nicht richtig. Wahr ist vielmehr, daß ich nur unter Protest vorgezogen habe, nachdem ich zweimal den Befehl zum Vormarsch erhalten hatte. Dieser Befehl kam vom Großen Generalstab mit Woltke als Chef. Man beachte meine Einwände nicht, trotzdem auf der Hand lag, daß die Franzosen in und um Paris Straßentrassen konzentrieren würden, mein rechter Flügel bedroht war. Der deutsche Generalstab unterschätzte vollkommen den Wert der französischen Reserven und befaß sich auf gut Glück mit ungewissen hineinzulassen. Ich mußte gehorchen, und ich tat gut, meine 8. Armee an den rechten Flügel zu schicken. Bei dem hart darauffolgenden Märschen gegenwärtig der französischen Truppen wußte ich sofort, daß es für mich nur einen Ausweg gab: die Rettung meiner Armee. Ich ließ mein Korps so am sich selbst drehen, daß es stets eine neue Front in der Angriffsrichtung der Engländer und Franzosen bildete. Dadurch konnte ich die anderen Armeekorps zurückziehen. Dieses Rückzugsmanöver wurde von unseren Feinden zu spät erkannt. Wenn sie schnell gemerkt wären, hätten sie unseren Rückzug in eine Katastrophe verwandeln können, aber so wurde meine Armee gerettet.“

Das Regierungsprogramm in der sächsischen Volkshammer

(Drabbericht unserer Dresdner Schriftleitung.)
Dresden, 20. März.
Präsident Fräßdorf eröffnet die Sitzung um 1,15 Uhr bei voll besetztem Hause und mäßig besuchten Tribünen. Am Regierungstische sämtliche Minister und Kommissare. Auf der Tagesordnung steht als einziger Punkt die Entgegennahme einer Regierungserklärung.

Ministerpräsident Dr. Gradnauer

Es sei ihm daran gelegen, sich über die Vorgänge der Regierungsbildung mit aller Offenheit auszusprechen. Das sächsische Volk habe ein Recht auf volle Klarheit. Die sozialdemokratische Fraktion sei die stärkste im Hause, ihr folge die demokratische Fraktion. Er habe es deshalb für wünschenswert gehalten und halte an der Überzeugung fest, daß es am besten gewesen wäre, eine Regierung aus den beiden größten Parteien zu bilden. Das sei geschehen, aber an der Haltung der Unabhängigen. Es habe der sozialdemokratischen Fraktion fern gelegen, aus Parteirücksichten die ganze Macht an sich reißen zu wollen. Wenn er selbst gleichwohl das schwere Amt des Ministerpräsidenten übernommen habe, so sei es geschehen, um die Schwierigkeiten der Lage nicht noch weiter zu vermehren. Es sei aber nötig geworden, das Amt des Ministerpräsidenten des Innern neu zu belegen. Dafür habe er den Abgeordneten Ullig berufen. Das Ministerium hat sich konstituiert. Zum stellvertretenden Ministerpräsidenten habe er den Minister Ullig berufen. Sodann verbeistete sich der Redner weiter über die Stellung des Ministerpräsidenten an der Hand der vorliegenden Verfassung. Es werde eine Staatskanzlei errichtet, auf die die Geschäfte des Gesamtministeriums übergehen sollen. Ihr Leiter werde Ministerialdirektor Gehheimer Rat Dr. Schulze sein. Die neugebildete Regierung habe folgende

Richtlinien ihrer Politik

aufgestellt:
Die Geschichte des deutschen Volkes war erfüllt von dem Streben nach Einheit und Freiheit. Durch die Novemberrevolution 1918 ist der Widerstand der alten Gremien beseitigt und die Bahn frei geworden für die volle Verwirklichung der Einheit und Freiheit des deutschen Volkes. Die Regierung des Freistaates Sachsen tritt ein für Ausbau und Stärkung des Reiches. Die Regierung vollzieht ihre Mitarbeit an der neuen Reichsverfassung in dem Bestreben, das Reich lebensfähig und in weitestem Ausmaße leistungsfähig zu gestalten. Je mehr aber die Reichsgewalt gegenüber den Einzelstaaten zu vermindert wird, um so mehr ist es erforderlich, daß die Einzelstaaten in der Lage sind, bei der Reichsleistung die besonderen Lebensbedürfnisse ihrer Bevölkerung zu vertreten und zu erfüllen. Auch muß den Einzelstaaten zur wünschenswerten Durchführung der ihnen durch die Reichsverfassung übertragenen Aufgaben die Möglichkeit einer zureichenden Finanzwirtschaft gegeben werden. Die Regierung tritt ein für die Erhaltung und Fortführung der durch die Revolution herbeigeführten demokratischen Errungenschaften. Die Klaffe, die einst Staat und Volk trennte, ist überbrückt. Der Oberbegriff Staat ist beseitigt.

des Volkes Wille ist oberstes Gesetz

Es ist Aufgabe der Demokratie, die Kräfte aller gleichberechtigten Staatsbürger voll zu entfalten und für den Dienst am Gemeinwohl nutzbar zu machen. Als unvereinbar mit den obersten Grundsätzen der Demokratie erachtet die Regierung jedwede Verfassungen, die auf eine gewalttätige Diktatur einer Minderheit abzielen. Die Regierung will nicht allein politische, sondern auch wirtschaftliche Demokratie. Sie hält an der am 18. November 1918 „An das sächsische Volk“ ergangenen Proklamation fest, in der es heißt: „Die Arbeiterschaft braucht nicht nur politische Rechte, sondern ebenso Befreiung aus ökonomischer Bedrückung, die in vollem Umfange nur die Sozialisierung bringen kann.“ Demgemäß wird die sozialistische Entwicklung derart zu fördern sein, daß die

Planlosigkeit des Wirtschaftens beseitigt und durch Regelung oder Kontrolle des Reiches, der Staaten und der Gemeinde ersetzt wird. Ingleich ist durch ein neues Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenrecht die wirtschaftliche Selbstverwaltung anzubahnen. Durch solche Maßnahmen soll der bisherige Gegensatz zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Reichtum und Armut abgebaut und die Arbeitsfreudigkeit aller Werktätigen erhöht und auf das höchstmögliche Maß gefördert werden. Die Durchführung dieser Maßnahmen bedarf sorgfältigster Vorbereitung. Durch plötzliche und ungeordnete Eingriffe in das Wirtschaftsleben in diesen oder jenen Betrieben oder in einzelnen Landesteilen würde schwerer Schaden, Rückgang und Untergang unserer Volkswirtschaft herbeigeführt werden. Auch muß bei der Durchführung der Sozialisierung die Gefahr einer Bürokratisierung und Lähmung der wirtschaftlichen Initiative sorgfältig vermieden werden. Das Werk der wirtschaftlichen Sozialisierung muß in erster Linie Sache des Reiches sein, das sich bereits die Vorsehung über diese Angelegenheit vorbehalten hat. Die sächsische Regierung ist gewillt, bei der Reichsleitung für die beschriebene Durchführung der Sozialisierung in den dazu reifen Wirtschaftszweigen mit Anregungen und Vorschlägen einzutreten. Die Regierung ist im Begriffe, beim Wirtschaftsministerium ein besonderes Sozialisierungsamt zu errichten. Dieses Amt hat die Aufgabe, die Tatsachen des Wirtschaftslebens zu erfassen und im Einvernehmen mit der Reichsregierung das Sozialisierungswerk zu betreiben. Von diesen allgemeinen Richtlinien ausgehend, nimmt die Regierung zu den

einzelnen Fragen der Vorsehung

die in der bevorstehenden Zeit zur Beratung und Lösung gebracht werden sollen, wie folgt Stellung. Dabei ist im voraus zu bemerken, daß die Regierung nicht etwa beabsichtigt, die Volkshammer wie aus einem Hülsenorn mit zahlreichen Gesichtsmerkmalen zu überhäufeln. Dies verbietet sich schon deshalb, weil zunächst abgemerkt werden muß, welche gesetzgeberischen Bedürfnisse das Reich überhaupt noch den Einzelstaaten überlassen will. Sobald die Reichsverfassung abgeschlossen sein wird, soll an die Ausarbeitung der endgültigen Verfassung für den Freistaat Sachsen herangegangen werden. Zu den Fragen der inneren Politik und der allgemeinen demokratischen Verwaltungsreform genügt es, auf die

Die volksfeindliche Haltung des Deutschen Seemannsbundes

Einigungsvorschläge

Hamburg, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Da sich heute im Laufe des Vormittags genügend arbeitsfähige Seeleute zur Anmusterung in den Feuerbureau der Hamburg-Amerika-Linie und des Vereins Hamburger Reederei zur Inbetriebnahme der zur Abfahrt bereitliegenden Lebensmittelschiffe gemeldet hatten, glaubte man, die beiden Haupt-Dampfer „Palizola“ und „Eleonora“ heute nachmittags auslaufen lassen zu können. Jedoch weigerten sich die angekommeenen Heizer und Kohlenräumer, die Arbeit zu beginnen, so daß die Schiffe nicht auslaufen konnten. Diese Schiffsarbeiter erklärten in einer geheime, auf dem Dampfer „Imperator“ abgehaltenen Versammlung, sie wollten den Entschluß der Seeleute ablehnen, zu der der Deutsche Seemannsbund und die Betriebsräte der Reedereien auf Veranlassung der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe heute einluden. Durch Vermittlung dieser amtlichen Hamburg-Stelle ist die Reichsregierung heute dringlich ersucht worden, bei der Entente nochmals in der Besatzungsfrage vorzulegen zu werden, um wenigstens zu erreichen, daß ein Teil der Besatzung an Bord bleiben kann. Man hofft, daß morgen früh die Antwort der Regierung da sein wird, oder daß sogar Vertreter der Regierung in der Versammlung erscheinen werden.

Der Seemannsbund verbreitet ein Flugblatt, in dem er gegen die deutsche Regierung den Vorwurf erhebt, daß er bei den Verhandlungen über die Auslieferung der Handelsflotte nicht gehört worden sei. Die Seeleute werden angefordert, unter keinen Umständen mit den Schiffen in See zu gehen, wenn ihnen nicht die Gewißheit gegeben wird, daß sie ihre Stellungen behalten. Sie sollen sich durch die Auslieferung der Schiffe nicht beirren lassen. Von der Entente verlangen sie, sie solle von der Verbindung zurücktreten, daß die deutsche Besatzung derjenigen Schiffe, die einen französischen oder englischen Hafen anlaufen, von Bord gehen und nach den Ausgangspunkten zurückzuziehen werden müssen. Der Seemannsbund glaubt, daß die Entente unsere gesamte Handelsflotte auf jeden Fall als Pfand zu behalten wünsche und sie als Erlös für die von uns im Kriege vertriehen eigenen Handelschiffe verwenden wolle. Außerdem verlangt aber der Seemannsbund, daß er von den Reedern anerkannt wird. Es handelt sich also bei ihm auch um eine Machtprobe.

Bei den heute zwischen der Deputation für Handel, Schiffahrt und Gewerbe und dem Deutschen Seemannsbund geführten Verhandlungen haben sich die Führer des Seemannsbundes einem gewissen Einigungswort nicht abgeneigt gezeigt. In der morgigen Verhandlung werden wahrscheinlich folgende Vereinbarungen vorgeschlagen werden: Die Matrosen sollen verpflichtet, auf solchen Schiffen zu bleiben, auf denen Truppen der Entente befördert werden, andererseits soll sich die Entente verpflichten, auf den reinen Frachtdampfern, also auf solchen Schiffen, die keine Truppen befördern, zur Hälfte deutsche Besatzung zu lassen. Ob die Vorsehung des Deutschen Seemannsbundes dem Entgegenkommen ihrer Führer geneigt sein wird, bleibt abzuwarten, wird aber in Redezeiten bezweifelt. Sollte der gestrige Beschluß morgen umgekehrt werden, so können doch am Freitagabend die Dampfer „Palizola“ und „Eleonora“, vielleicht auch noch „Victoria“ auslaufen. Am Sonnabend ist Kaiserin Augusta Viktoria nach Liverpool fahrbereit.

Die Vorgesichte der Arbeiterverweigerung

Zu der Weigerung der Hamburger Seeleute, mit den Lebensmittelschiffen anzufahren, erfährt das Wolffbureau noch:
Zwischen dem Verband der deutschen Reederei und dem Transportarbeiterverband haben im Laufe der letzten Wochen eingehende Verhandlungen über ein neues Tarifabkommen stattgefunden, die erfreulicherweise zu einem guten Resultat geführt haben. Eine kleine Gruppe radikaler Seeleute, im „Deutschen Seemannsverband“ organisiert, suchte dieses zu zerstreuen und trat an die Reederei mit der Forderung heran, die Höhe des Tarifvertrages um 100 Prozent zu erhöhen. Würde dieser Forderung nicht nachgegeben, so würden die deutschen Schiffe nicht ausfahren. Der Deutsche Seemannsverband berief in Hamburg und Bremen öffentliche Versammlungen ein und forderte die Seeleute auf, sich nicht anwerben zu lassen. Dieses Verhalten des Seemannsverbandes ist das denkbar volksfeindlichste. Es schädigt nicht nur das deutsche Volk auf das allergrößte, es legt auch die deutschen Seeleute der Gefahr aus, daß sie auf ihren Schiffen nicht verbleiben können, sondern von den Alliierten herangezogen werden. Das Verhalten des Deutschen Seemannsverbandes kann daher nicht klar genug gebremst werden. Es ist von den

übrigen Arbeitern in Hamburg und Bremen zu erwarten, daß sie gegen dieses volksfeindliche Treiben mit allem Nachdruck aufzutreten.

Bremen, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Auch in Bremer haben sich die Feststellungen der nach Amerika zu Lebensmitteltransporten auslaufenden Dampfer Schwierigkeiten aufgetrieben. Spartakistische Agenten sind an der Arbeit, um die Arbeiter zum Streik zu zwingen und damit die Ausfahrt der Lebensmitteltransporter zu verhindern.

Die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus

Berlin, 20. März. (Drabbericht.) Das Vorgehen der Hamburger Spartakisten ist nur ein Teil ihres Planes, Deutschland derart zu zerstückeln, daß es nicht mehr imstande ist, sich gegen ihre Machtansprüche zu wehren, und nicht mit Unrecht wird man hinter solchen Vorgehen die russische Hand vermuten, der der deutsche Spartakismus nur als Werkzeug dient. Der Abschluß des Brüsseler Lebensmittelabkommens mußte daher den Spartakisten sehr unangenehm sein. In dem Hamburger Versuch sehen wir einen letzten Versuch, seine Durchführung zu verhindern. Die deutschen Arbeiter sollen hungern und müssen hungern, das ist das A und O der spartakistischen Politik. Mögen unsere Seeleute dafür sorgen, daß wir etwas zu essen bekommen, mögen aber auch die Arbeiter aller Berufe erkennen, daß die Selbstvernichtungspolitik des Spartakismus und seiner unabhängigen Freunde ihr gefährlicher Feind ist!

Hamburg, 20. März. (Drabbericht.) In einer Behauptung machen sich die Sozialdemokratische Partei, das Gewerkschaftskartell, die Kommandantur und der Soldatenrat von C.-H.-Hamburg an die Seeleute, sich der unangehörigen Verantwortung für die Ernährung des ganzen Volkes bemußt zu sein und die Schiffe herauszubringen. Alle Sicherheitsmaßnahmen und Truppen Groß-Hamburgs ständen zum Schutze der Seeleute geschlossen bereit, wenn unverantwortliche Elemente die Lebensmittelchiffe mit Gewalt am Auslaufen verhindern wollten.

Erweiterung des Brüsseler Abkommens?

Genf, 20. März. (Eig. Drahtber.) „Gerald“ meldet aus New York, die Vorsehung rechnet mit einer Erweiterung des Lebensmittelabkommens zur Verlosung der Mittelmeere, nachdem die südamerikanischen Staaten die Wiederzulassung direkter Transporte mit den mitteleuropäischen Häfen beantragt haben.

Die ersten Schiffe ausseele ert

Hamburg, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Wie das Hamburger Fremdenblatt aus dem Haag meldet, hat die erste Auslieferung von deutschen Passagierschiffen, die sich in außerdeutschen Häfen befinden, in einer englischen Hafenstadt in Uebereinstimmung mit den Verhandlungen, die letzte Woche in Brüssel geführt worden sind, stattgefunden. Man erwartet, daß die deutschen Schiffe bald für die amerikanischen Transporte zur Verfügung stehen, die nächste Woche beginnen sollen.

Die Lebensmittelversorgung der britischen Besatzungszone

Köln, 20. März. (Eig. Drahtbericht.) Die Versorgungsmaßnahmen der britischen Militärbehörde für das von ihnen besetzte Gebiet haben, wie die Internationale Telegraphen-Agentur erfährt, in gewissem Umfange bereits eingesetzt. In Krankenanstalten wurde aus militärischen Beständen Wachsenfleisch, Zwieback und andere Konerven geliefert. Des weiteren wurden Arbeiter und Angestellte größerer, im Dienste der Besatzungsbehörden stehender Firmen mit Lebensmitteln beliefert. Von nun an sollen die minderbemittelten Bevölkerungsschichten ebenfalls Nahrungsmittel erhalten. In Bonn zum Beispiel werden auf den Kopf der Bevölkerung dieser Schichten wöchentlich zwei Pfund Wachsenfleisch drei Monate lang geliefert. Auch erhalten jene Orte, wo Kartoffelmangel herrscht, einige Pfund pro Kopf und Woche. Die Nahrungsmittel werden von den britischen Behörden zum Selbstkostenpreise abgegeben. Wenn die Preise trotzdem verhältnismäßig hoch erscheinen, so liegt das an der schlechten deutschen Währung. Auf jeden Fall oder erreichen die Preise nicht einmal die halbe Höhe der Schlecht handelspreise, die dadurch erheblich zum Sinken gebracht werden dürften.